

VON GUIDO WAGNER

Rhein-Berg. Warum der Starkregen über die Weihnachtsfeiertage vergleichsweise glimpflich für Rhein-Berg verlaufen ist? Kreis-Umweltamtsleiter Lars Helmerichs hat die Wetterlage analysiert und gleich mehrere Faktoren ausgemacht, die anders waren als bei der Starkregenkatastrophe von 2021, und manche Sicherheitseinrichtungen, die es damals noch gar nicht gab. ...

Bereits am Mittwoch vor den Feiertagen nach dem Wochenende habe es erste Meldungen des Deutschen Wetterdienstes über „verbreitet 30 bis 50 Millimeter, gebietsweise 70 bis 90 Millimeter, im Bergland teils auf über 100 Millimeter“, gegeben, berichtete Helmerichs im Unterausschuss des Kreises. Letztere Menge hätte angesichts der vorausgegangenen Niederschläge schon



„Gegenüber 2021 gibt es jetzt einen deutlich verbesserten Austausch der Beteiligten und viel mehr Informationen über die Entwicklungen“

Lars Helmerichs, Leiter des Umweltschutzamts beim Kreis

Anlass zu Sorge geben können.

Allerdings, so Helmerichs, seien die Niederschläge „sehr günstig“ gefallen: „Viel Regen, aber immer mal wieder auch eine Pause.“ Und: „Zum Rhein hin eher weniger als Richtung Oberberg“, wie das angesichts von West kommender Wetterlagen aufgrund des Steigungsregens im Bergischen Land auch sonst üblich sei. So seien in Rösrath-Lehmbach vom Morgen des 21. Dezember bis zum Mittag des 26. Dezember 61,8 Millimeter Niederschlag gemessen worden, in Kürten-Sülze 112,5 Millimeter und 143,5 in Kürten Rothe Furth. An der oberbergischen Bevertalsperre seien unterdessen 180 Millimeter gemessen worden.

Habe es sich in Rösrath um ein zwei- bis fünfjähriges Ereignis gehandelt, sei es in Rothe Furth bereits ein 30 bis 50-jährliches Hochwasserereignis gewesen, so Lars Helmerichs.

Zusätzlich entspannt worden sei das Niederschlagsereignis dadurch, dass es eine aktive Steuerung der Talsperren durch die Wasserverbände



Foto: Feuerwehr Overath

Warum die jüngste Starkregenflut glimpflich verlief

Kreis hat das Weihnachtshochwasser analysiert – Das sind die Erkenntnisse

DIE PEGELSTÄNDE

3,07 Meter erreichte der Pegel der Agger in Overath als Höchststand am Morgen des Ersten Weihnachtstags. 2,58 Meter waren es am Sülzpegel in Hoffnungsthal.

Das mittlere Hochwasser am Pegel Overath liegt bei 2,76 Meter, am Pegel Hoffnungsthal wird es mit 2,62 Meter angegeben, war also an Weihnachten 2023 nicht überschritten. (wg)



In der Nacht zum Ersten Weihnachtsfeiertag drückte teilweise Grundwasser in Keller wie in Overath (Bild oben), einen Tag später war viel Wasser wieder abgeflossen wie am Rückhaltebecken Venauen (unten). Foto: Guido Wagner

de gegeben habe. So seien Regen- spitzen in den Talsperren gepuffert worden.

So seien rund sechs Millionen Kubikmeter in der Großen Dhünn-Talsperre vom Talsperrenbetreiber Wupperverband gepuffert worden, in der (kleineren) Aggertalsperre des Aggerverbands seien es ebenfalls gute drei Millionen Kubikmeter gewesen.

Neu sei gewesen, dass sich das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, kurz: Lanuv, am 20. Dezember initiativ gemeldet und abgefragt habe, wie die Bereitschaften besetzt seien. „Das fand ich prima“, so Helmerichs. Überhaupt werde in solchen Lagen heute deutlich mehr miteinander kommuniziert als dies bei der Flutkatastrophe von 2021 der Fall gewesen sei.

Am Abend des 20. Dezember habe der Wupperverband seinen Hydrologen vom Dienst aktiv gesetzt, am Folgetag habe dieser zudem in einem Videokanal zum Austausch mit Kommunen, Feuerwehren, Wasserbehörden und anderen Beteiligten zur Verfügung gestanden.

„Eine tolle Einrichtung des Wupperverbands“, so Helmerichs. Auch die eigene Rufbereitschaft Hochwasser des Amtes für Umweltschutz sei am 21. Dezember in Dienst gesetzt worden, wobei der Hochwasserschutz und die Gefahrenabwehr Aufgaben der Kommunen seien. Das Umweltamt des Kreises sei lediglich für die Überwachung zuständig.

Hilfreich sind laut Helmerichs auch die komplett neu aufgestellten hydrologischen Lageberichte des Lanuv, die es mindestens zweimal

täglich gebe. Über Weihnachten habe es insgesamt 39 Lageberichte gegeben.

Der Höchststand des Hochwassers sei an der Sülz in Hoffnungsthal am Ersten Weihnachtstag um 5.30 Uhr mit 258,2 Zentimeter erreicht gewesen, an der Agger in Overath am selben Morgen mit 307 Zentimeter.

Außer einzelnen Einsätzen der örtlichen Feuerwehren, insbesondere wegen in Untergeschosse drückenden Grundwassers (wir berichteten), seien in Rhein-Berg keine größeren Maßnahmen notwendig gewesen, so Lars Helmerichs. Am 27. Dezember, dem Tag nach den Feiertagen, habe auch sein Amt die Rufbereitschaft Hochwasser wieder deaktiviert. „Insofern ist nicht nichts, aber doch nichts Schlimmes passiert“, zog Helmerichs im Ausschuss Bilanz und freute sich über den gegenüber 2021 deutlich verbesserten Austausch der beteiligten Instanzen und Organisationen in solchen Situationen.

Auf durchweg positive Resonanz stieß diese Verbesserung auch bei den Vertretern der politischen Fraktionen im Ausschuss.

„Toll, wie sich das Zusammenspiel gegenüber 2021 verbessert hat“, sagte Peter Lautz (CDU). Der Fall habe gezeigt, so Arne Meinhardt (Grüne): „Behörden funktionieren, der Staat funktioniert.“ Es sei gut, dass sich das an einem im Hinblick auf die Folgen für die Öffentlichkeit leichteren Fall habe durchspielen lassen, fand Ausschussvorsitzender Marcel Kreuzt (SPD) und dankte für die Auswertung.

Entscheidung zum Flughafen überrascht Bürgermeister

Per Pressemitteilung über Beschluss zur Planfeststellung informiert worden

VON UTA BÖKER

Bergisch Gladbach. Der Planfeststellungsbeschluss für bauliche Erweiterungen am Flughafen Köln/Bonn ist bereits am 31. Januar erlassen und am 15. Februar veröffentlicht worden. Von dieser Pressemitteilung des NRW-Verkehrsministeriums ist die Stadtverwaltung überrascht worden. „Der Fluglärmkommission am Flughafen Köln/Bonn, in der auch Bergisch Gladbach als betroffene Anliegerkommune vertreten ist, war dies nicht bekannt“, kritisiert Bürgermeister Frank Stein (SPD). Der Planfeststellungsbeschluss beinhaltet die Genehmigung von Vorfeldflächen sowie Frachthallen und Verwaltungsgebäude. Dazu sind Nebenbestimmungen auferlegt worden, um durch diese Baumaßnahmen keinen Anstieg der Flugbewegungen über die genehmigten Kapazitäten hinaus zu erlauben. Betriebliche Regelungen zum Tag- und Nachtflugverkehr oder Fragen des Kapazitätsausbaus zur Verkehrssteigerung seien laut Stadtverwaltung nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens gewesen.

Die Stadt Bergisch Gladbach betont, dass es immer die Befürchtung gegeben habe, dass die Belastungen der Anwohnenden durch die beantragten Baumaßnahmen weiter steigen, und es habe die Hoffnung bestanden, dass auch die Vorbelastungen durch den Flughafen, die bislang nie ein Planfeststellungsverfahren mit Untersuchung der Umwelt- und Lärmauswirkungen

„Der Fokus aller Beteiligten muss auf eine transparente und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung in einem Verfahren hinsichtlich der auslaufenden Nachtflugregelung gerichtet sein“

Frank Stein (SPD), Gladbacher Bürgermeister

durchlaufen mussten, in die Betrachtung einbezogen würden. „Dies ist – soweit ersichtlich – jedoch leider nicht geschehen. Es wird vom Status quo ausgegangen“, bedauert Bürgermeister Frank Stein. „Uns bleibt es jetzt, die Nebenbestimmungen kritisch zu lesen und zu beobachten, wie sich der Ausbau des Flughafens tatsächlich in Bezug auf die Auswirkungen für die Anwohnerinnen und Anwohner entwickelt“, so Stein weiter in einer ersten Reaktion auf die Pressemitteilung des Ministeriums.

Stein kündigt an, dass die Fluglärmkommission mit den Anrainerkommunen den weiteren Umgang des Flughafens und des Ministeriums in Bezug auf das Auslaufen der Nachtfluggenehmigung im Jahre 2030 nochmals verstärkt im Blick behalten werde. „Der Fokus aller Beteiligten muss insbesondere auf eine transparente und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung in einem Verfahren hinsichtlich der 2030 auslaufenden Nachtflugregelung für den Flughafen Köln/Bonn gerichtet sein“, so Stein.

Die Fluglärmkommission hat das Ministerium aufgefordert, dass vor einer eventuell geplanten Verlängerung der Nachtflugregelung über 2030 hinaus eine wirksame Bürgerbeteiligung organisiert wird. Es wurde zudem angeregt, berichtet die Stadtverwaltung, dass Fluglärmkommission und Verkehrsministerium ein gemeinsames Gremium bilden, das mit Blick auf die Zeit nach 2030 verbindliche Vorschläge für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen des Flughafens und der Anrainer ausarbeitet.

Mehr Geld für Sportvereine

Ausschuss stimmt für die Angleichung der Zahlungen aus Landesmitteln an Vereine

VON ALINA BREMER

Bergisch Gladbach. Die Sportpauschale, die das Land an die Stadt Bergisch Gladbach zahlt, soll zukünftig wieder zu einem Drittel an die Bergisch Gladbacher Sportvereine verteilt werden. Dafür stimmte der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport in seiner jüngsten Sitzung einstimmig.

2018 beschloss der Ausschuss, dass den Sportvereinen der Stadt Bergisch Gladbach ein Drittel der damals 300 000 Euro hohen Pauschale zusteht. Diese hat sich auf über 400 000 Euro für 2024 und 2025 erhöht. Mit den damals vereinbarten 100 000 Euro jährlich liegt der Anteil für die Sportvereine mittlerweile unter einem Drittel.

Daher stellte der Stadtsportverband Bergisch Gladbach (SSV) den Antrag auf eine Angleichung der Zahlungen. Damit sollen den Vereinen in diesem Jahr rund 136 000 Euro zustehen.

Dettlef Rockenberg führte drei

Gründe für den Antrag an: Erstens sei das Geld eindeutig auch für die Vereine vorgesehen. Zweitens führe eine Zahlung von einem Drittel zu mehr Gerechtigkeit bei den Sportangeboten und drittens seien die Vereine an ihrem Limit. „Letztendlich wird sich das auch für die Stadt rentieren“, sagte er. Wenn die Vereine ihre Gebäude nicht mehr halten können, hätte die Stadt diese wieder „am Bein“. Rockenberg nahm an dem Ausschuss nicht mehr als Fachbereichsleiter, sondern zum ersten Mal für den SSV teil. Die Vorsitzende Monika Lindberg-Bargsten (SPD) verpflichtete ihn für seine neue Position und kommentierte, dass sie diese Formalie „kurios“ finde.

Robert-Martin Kraus (CDU) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Antrag: „Das schafft der Stadt auch einen Mehrwert. Jeder Verein, der Mittel beantragt, muss auch Eigenleistungen erbringen.“ So würde man Geld aktivieren, das sonst nicht ausgegeben werden würde. Tino Symanzik (Grüne) sag-



Die Sportvereine in Bergisch Gladbach sollen mehr Geld zur Verfügung gestellt bekommen. Foto: Axel Randow

te, dass es im vergangenen Jahr die Möglichkeit gegeben hätte, den „Pakt für den Sport“, in dem die Weitergabe der Pauschale an die Vereine beschlossen wurde, zu kündigen. Aus guten Gründen habe man sich dagegen entschieden und die Grünen würden auch weiterhin hinter den Mehrausgaben stehen.

Willy Bratz (FDP) erklärte, dass auch seine Fraktion den Antrag unterstützt, weil die Vereine mit mehr Geld schneller und besser

agieren könnten. Die SPD schloss sich ihren Vorrednern an.

Die Stadtverwaltung hält es ebenfalls für notwendig, die Zahlungen anzupassen: In ihrer Stellungnahme heißt es, dass die Stadt die Verpflichtung habe, „wohnortnahe Spiel- und Sportanlagen und somit eine entsprechend ausgestattete Sportinfrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und zur Verfügung zu stellen“. Die Sportvereine würden die Stadt dabei

unterstützen, diese Aufgabe zu erfüllen, und würden darüber hinaus mit Schulen, Senioreneinrichtungen und Kindertagesstätten kooperieren. Das schaffe einen Mehrwert für das Gemeinwohl und erfülle wichtige gesellschaftliche Funktionen. Die Verwaltung betonte aber auch, dass bei der Stadt selbst zukünftig erhebliche Sanierungen im Sportbereich anstehen und der Beschluss mit dem jeweils aktuellen Haushalt vereinbar sein muss.